

## Der „Hort des Weltfriedens“.

Im Fernen Osten sind die Gewehre losgegangen. Alle Bemühungen in Genf, den Konflikt zwischen Japan und China beizulegen, waren bis jetzt erfolglos. Gewitterstimmung liegt über der Welt. Auch wenn die in der Mandchurie aufgelösten Flammen wieder gelöscht werden sollten, weiß niemand, wann sie von neuem ausbrechen und was dann erfolgt. Japan liegt auf der Lauer, Amerika wartet ab und Russland rüstet fieberhaft. Die rote Armee wird nach neuen Methoden ausgebildet, der Eisenbahnbau wird auf jede nur mögliche Weise forciert. Es gibt Leute, die befürchten, daß der ganze fünfjährige Plan eine einzige Mobilisierungsmahnung ist und daß die Sowjetunion in naher Frist, etwa um das Jahr 1933, mit kriegerischen Auseinandersetzungen rechnet. Die Welt ist wieder im Begriff, in zwei Fronten gegeneinander auszumarschieren. Selbst wenn Europa ihre Erfolles Ruhe haben und halten wollte, es wird notwendig in den Konflikten hineingezogen, der sich im Fernen Osten anfündigt und aus dem sich, wenn er einmal wirklich zum Ausbruch kommt, kein Staat heraushalten kann, am allerentlegensten Deutschland.

In Paris ist jetzt der Völkerbundrat zusammengetreten, um noch einmal zu versuchen, das schwelende Feuer zu löschen. Man wird sich die größte Mühe geben, zu vermitteln und wahrscheinlich auch sehr trautvole Einschätzungen fassen, aber es ist ja bei diesen Völkerbundaktionen so wie in der Rechtspleite: Wo der Gerichtsvollzieher steht, um zu vollstrecken, bleibt das schönste Urteil ein Blatt Papier. Wo soll der Völkerbund einen Arm hernehmen, der seine Beschlüsse ausführt, wenn Japan barhärtig bleibt und seine kriegerische Tätigkeit in der Mandchurie fortsetzt? Kein Staat wird sich zum Vollstrecker hergeben, es sei denn, daß er es aus Eigennutz tut, was wiederum die Konkurrenz auf den Plan rufen und die Kriegsgefahr noch verschärfen würde. Es steht viel auf dem Spiele bei den jetzigen Verhandlungen in Paris: Neben dem Schicksal Chinas vor allem auch das Ansehen des Völkerbundes als sogenannter „Hort des Weltfriedens“.

## Artillerieschlacht um Tsitsihar.

Russische Truppen im Kampf.

Eine heftige Artillerieschlacht ist um Tsitsihar entbrannt, wo sich gegenwärtig die chinesischen und japanischen Streitkräfte konzentrieren. Von japanischer Seite sind Flugzeuggeschwader eingesetzt worden, die große Mengen von Bomben auf die chinesischen Reihen niedergehen lassen. Außerdem haben die Japaner eine große Kavalleriebrigade in den Kampf geschickt.

Auf Seiten der Chinesen soll eine russische Brigade kämpfen, die mit Maschinengewehren ausgerüstet ist und durch chinesische Kavallerie unterstützt wird. Ein überraschender Angriff dieser russischen Soldaten auf den linken Flügel der Japaner scheint die Schlacht zugunsten der Chinesen entschieden zu haben. Jedenfalls mußte sich die japanische Armee zurückziehen.

Was Japan auf der Ratstagung erklären will.

In amtlichen Kreisen in Tokio verlautet der "Times" folgende, daß von japanischer Seite auf der Völkerbundratssitzung einer neuen chinesisch-japanischen Verhandlungen auf der Grundlage von fünf japanischen Bedingungen vorgeschlagen werden sollen, die sich auf militärische und strategische Fragen beziehen. Falls China die fünf Punkte anerkennt, wird der Rückzug der besetzten Gebiete nichts im Wege stehen. Bevor jedoch normale Zustände hergestellt werden, sei ein Rückzug der Truppen unmöglich. Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß die Japaner unter der "Wiederherstellung normaler Zustände" nicht nur die Annahme der fünf Punkte, sondern vor allem auch die Einziehung von japanfreundlichen Lokalregierungen in den mandchurischen Provinzen verstehen.

## Der Japan-China-Krieg.

Ausland ist brennhaft.

Nach einer Meldung aus Tokio hat der sowjetrussische Botschafter dem japanischen Außenminister eine Note Littinows übermittelt. Die sowjetrussische Regierung verlangt Zusicherungen, daß Japan nicht beabsichtige, die chinesische Ostbahn zu besetzen.

Der japanische Kriegsminister hat dem Erzischen des Oberbefehlshabers der japanischen Truppen in der Mandchurie, ihm für seine Tätigkeit freie Hand zu lassen, entsprochen. Das Oberkommando erklärte, daß die Lage sehr kritisch sei.

Nach einer russischen Meldung aus Tsitsihar ist die Stadt nach der Ablehnung des Ultimatums durch General Ma erneut von japanischen Fliegern bombardiert worden. An verschiedenen Stellen seien Brände ausgebrochen. Vier Soldaten und sieben Zivilisten seien getötet worden.

General Ma hat das japanische Ultimatum, bis zum 25. November seine Truppen von der Nonni-Brücke nach Tsitsihar zurückzuziehen, abgelehnt. Darauf erhielt er ein zweites Ultimatum, Tsitsihar den japanischen Truppen zu übergeben. Auch diese Forderung wurde abgelehnt. Die Kämpfe bei der Nonni-Brücke wurden fortgesetzt. Die Chinesen hielten ihre Stellung. Die Japaner zogen Truppen zum Vormarsch auf Tsitsihar zusammen.

Für und gegen Kaiser Punti.

Nach einer Meldung aus Dairen ist der frühere chinesische Kaiser Punti dort eingetroffen und wird nach Mukden weiterreisen. Der Kaiser habe sich mit dem General Tschanghaipen in Verbindung gesetzt, der gewillt sei, die monarchistische Bewegung zu unterstützen.

Wie aus Nanking gemeldet wird, erklärte Tschanghaipen, daß die Wiederherstellung der Monarchie in China ein politischer Unsum ist. Die Regierung in Nanking werde eine auf dieses Ziel gerichtete Bewegung mit allen Mitteln bekämpfen.

## Der Korridor als Friedensstörer.

Ostgarantie ein verbrecherischer Wahnsinn.

Die unhalbaren Zustände, die durch den polnischen Korridor geschaffen worden sind und die Ziele Polens nach völliger Entgermanisierung aller Landes östlich der Oder und nach Aufzähnung Österreichs werden eingehend kritisiert in der angesehenen englischen Zeitschrift "Econo-

mist". Freie Schifffahrt auf den Flüssen und Freiheit in Stettin, Danzig und Königsberg hätten die polnischen Bedürfnisse voll befriedigen können. Polen arbeitet aber mit allen Mitteln der Bestechung, der persönlichen Bedrohung, mit Verschlagnahmungen und mit allen Arten der polnischen Durchdringung, wobei die Zeit für Polen arbeitet. Seit 1918 seien 800 000 Deutsche zum Verlassen von Polen und Westpreußen gezwungen worden. Aus Ostpreußen seien 160 000 Deutsche ausgewandert. Die Lehre für England besteht darin, daß es ein verbrecherischer Wahnsinn wäre, eine Ostgarantie zu geben, solange der Korridor besteht. England habe nicht das geringste Interesse, die Ursprungsherde eines Zukunftskrieges zu erhalten. Das Blatt befürchtet dann mit den möglichen Grundlagen eines Ostellato, wobei es die bemerkenswerte Forderung stellt, daß die Möglichkeit der Anwendung der Revisionssparagraphen 19 des Völkerbundstatuts wesentlich wirksamer gestaltet werden müsse. Jedenfalls aber müsse die englische öffentliche Meinung sich endlich mit den brennenden Ostfragen befassen, da diese eine der wesentlichen psychologischen Ursachen für die gegenwärtige traurige Lage der Welt und insbesondere Englands seien.

## Vor einer Regierungskonferenz.

WZB-Ausschuß und private Bankiers beraten. Wie jetzt bekannt wird, haben sich Botschafter von Hoesch und Finanzminister Mandrin in ihren Verhandlungen um die Einberufung des Sachverständigenausschusses bei der WZB, dahin geeinigt, die Berücksichtigung der kurzfristigen Kredite bei der Beurteilung der Zahlungsfähigkeit Deutschlands der Regierungskonferenz vorzubehalten die nach der Berichterstattung des WZB-Ausschusses zu kommen treten wird.

Die französische Regierung hält nach wie vor an dem Standpunkt fest, daß der WZB-Ausschuß die Zahlungsfähigkeit Deutschlands ausschließlich vom Standpunkt der Reparationszahlungen aus zu prüfen habe und daß die Privatschulden bei der Auffassung des neuen Zahlungsplanes, wenn überhaupt, dann nur nebenfachlich Berücksichtigung finden dürfen.

Deutschseits ist man von der Aussaffung nicht abgewichen, daß eine gerechte und der Wirklichkeit entsprechende Beurteilung der Zahlungsfähigkeit nur unter Einbeziehung sämtlicher Verpflichtungen, ganz gleich, ob politischer oder privater Natur, möglich sei.

Die Reichsregierung hat sich damit einverstanden erklärt, daß die Neigung der kurzfristigen Anteilen einer Bankierkonferenz übertragen wird, die aber rein privaten Charakter trägt. Wie weit der von der Bankierkonferenz auszuarbeitende Bericht bei der Beurteilung der deutschen Zahlungsfähigkeit berücksichtigt wird, soll erst auf der Konferenz des am Young-Plan beteiligten Mächte entschieden werden.

Deutschseits wird die Aussaffung vertreten, daß diese Konferenz selbstverständlich die endgültige Umgestaltung des Young-Planes behandeln müsse, der sich der wirklichen Zahlungsfähigkeit Deutschlands anzupassen müsse. Die französische Regierung wünscht dagegen die Neuregelung nur für die Zeit der "augenblicklichen Krise". Danach will sie zum Young-Plan in seiner gegenwärtigen Form zurückkehren. Man rechnet in Paris mit dem amtlichen deutschen Antrag auf Einberufung des WZB-Ausschusses für Mitte dieser Woche.

## Die Einigungsformel in Paris gefunden?

Entscheidung nach dem Eintreffen v. Bölow in Paris.

Die Versprechungen, die von Hoesch in Paris mit dem französischen Finanzminister Mandrin hatte, haben zu einer weitgehenden Annäherung der beiden seitigen Standpunkte geführt. Entgegen anderslautenden Meldungen muß festgestellt werden, daß jedoch von einer völligen Einigung noch nicht gesprochen werden kann. Die endgültige Formulierung des deutschen Antrages auf Einberufung des Sonderausschusses bei der WZB ist bisher noch nicht gelungen.

Befannlich handelt es sich darum, eine Formel zu finden, welche die Vollmachten des Sonderausschusses im Rahmen des Young-Planes hält, aber doch die volle Nachprüfung der Zahlungsfähigkeit Deutschlands, also eine Berücksichtigung der kurzfristigen Verschuldung Deutschlands, ermöglicht. Die Entscheidung ist nach dem Eintreffen des Staatssekretärs von Bölow in Paris zu erwarten.

## Haus unserer Heimat

Wilsdruff, am 16. November 1931.

Notizblatt für den 17. November.

Sonnenaugang	7 <sup>h</sup>	Mondaufgang	13 <sup>h</sup>
Sonnenuntergang	16 <sup>h</sup>	Monduntergang	23 <sup>h</sup>

1842: Der Musiker und Theosoph Jakob Bobme geboren

### Ber kaufen kann, kaufe bald!

Es ist Mitte November, und man muß an das Weihnachtsgeschäft denken; die, die etwas kaufen möchten, und die, die etwas verkaufen möchten – alle denken dran. Für viele ist in diesen Zeiten das Weihnachtsgeschäft leider die einzige Gelegenheit, größere Einkünfte zu machen oder größere Verluste zu tätigen. Grundsätzlich also dürfen die meisten, die etwas zu kaufen haben, und die sich auch stark genug – „hart“ in geldlicher Hinsicht – fühlen, etwas zu kaufen, um sich selbst einige darüber sein, daß man allmählich mit dem Kauf beginnen könnte. Nein, das ist nicht ganz richtig: nicht „allmählich“ dürfen es heißen, sondern „sofort“, und nicht „beginnen könne“ sollte es lauten, sondern beginnen müsse.

Wer bald kauft, hat den Vorteil, ruhig und gründlich kaufen zu können. Er braucht nicht zu hasten und sich nicht zu überstürzen, kann suchen und wählen, bis er das findet, was seinem Geschmack und seinen Geldmitteln entspricht, und kommt nicht leicht in die Lage, zu bedauern, daß er falsch gekauft hat. Von großer Wichtigkeit ist es auch, daß man sich, wenn man genügend Zeit hat, einen vernünftigen Überblick machen kann und nicht mehr auszugeben braucht, als man sich vorgenommen hatte. Wer erst in letzter Stunde kauft, kauft meist über Preis und Kopf, und der Rest ist Ärger. Und noch etwas ist zu bedenken: die Rücknahme auf den Rechnungen, der in diesem Falle der Verkäufer ist.

Der Verkäufer hat es das Jahr hindurch nicht leicht. Es ist ja leider vielleich so, daß er etwas zu verkaufen hat, aber nicht viel verkaufen kann. Um Weihnachten herum aber hat er es doppelt schwer: seine Ware liegt aufgestapelt, und er hat jetzt auch Möglichkeiten, sie loszuwerden, aber wenn alle mit ihren Einkäufen bis ganz kurz vor Weihnachten warten, weil er nicht aus noch ein, und die Kundenschaft, die seine schwierige Lage nicht versteht und in der großen Eile nicht immer so „ausführlich“ bedient werden kann, wie sie es erwarten zu können glaubt, wird ungernlich, spricht von Missachtung und schlägt den Verkäufer vielleicht unglücklich. Und bedeutet nicht, daß in den meisten Fällen eigentlich sie selbst und nur sie selbst schuld ist an solchen unerfreulichen Zuständen. Man sollte wirklich nicht auseinanderstreben in solcher Zeit, sondern sollte eher versuchen, einander entgegenzutreffen. „Dienst am Kunden“ ist ein schönes Wort, aber es sollte anderseits auch helfen: „Dienst am Verkäufer“. Und so wollen wir uns denn vornehmen, unseren schwierigenden Mitmenschen, die jetzt etwas mehr verkaufen möchten als sonst, das Geschäft nicht allzu schwer zu machen. Und einiges zu ihrer Zufriedenheit beitragen können wir bestimmt schon dadurch, daß wir unsere Weihnachtseinkäufe möglichst früh erledigen, damit auch sie, die Verkäufer, möglichst früh wissen, woran sie mit Weihnachten sind.

Der Bußtag am kommenden Mittwoch, dem 18. November, gilt in allen Staaten des Deutschen Reiches außer Baden, Bayern, Hessen, Hohenzollern und Württemberg als gesetzlicher Feiertag.

In den Rubestand. Nachdem Berufsschuloberlehrer Schneider wegen Krankheit bereits längere Zeit vom Schuldienst beurlaubt war, ist er nunmehr unter Anerkennung seiner Verdienste seitens des Bezirkschulamtes in den Rubestand getreten. Länger denn ein Vierteljahrhundert, seit dem 1. März 1904, war er den Wilsdruffer Schulkindern und Berufsschülern ein lieber Lehrer. Möge ihm ein freundlicher Gruß folgen!

Nationalsozialistischer Theaterabend. Im vollbesetzten Saale des „Löwen“ brachte am Sonnabend die Schlesische Nationalsozialistische Bühne unter der Gesamtleitung des Pg. Kurt von Voeltz das von ihm verfaßte nationalsozialistische Kompspiel „Sturm“ zur Aufführung. Es führt nach dem deutschen Grenzland im Osten, wo ein jüdisch-polnischer Rittergutsbesitzer die Rute über dem deutsch-evangelischen Vächter und seiner hübschen Tochter schwingt, weil die letztere nicht einwilligt, seine Braut zu werden und treu zu ihrem nationalsozialistischen Bräutigam steht. Um den leichten als Führer des Selbstschutzes an der Verteidigung der debrängten Grenzwohner zu hindern, wird er von dem jüdischen Staatsanwalt just zu derselben Zeit vor die Schranken des Gerichts gesordert, als die aufständischen Polen in das deutsche Grenzland einfallen. Das Plaidoyer des Verteidigers und die Schlußworte des Angeklagten sind eine starke Abrechnung mit dem jüdischen System und dem Judentum und ein starkes Bekennen für deutsche Freiheitsbewegung und nationalsozialistischen Geist, der ausflingt in 3. Alte in dem Siege über die polnischen Rebellen und in der Freiheit der Grenzmark. Die Darbietung des Spiels war dank der schauspielerischen Befähigung der einzelnen Mitwirkenden überzeugend. Ob es nun der Gastwirt Antoni und seine Tochter oder deren Verlobter waren, der Rittergutsbesitzer von Voeltz und sein polnisches Gefinde, der Amtsgerichtsrat, der Staatsanwalt oder der Verteidiger, sie alle gaben ihr Bestes und erzielten überaus starke Beifall, der auch dem Verfasser von Voeltz und dem Spielerleiter Hermann Magdeburg galt. – Im Anschluß an das Theater kam es auf dem Markt zu einem Zusammenstoß zwischen nach Hause gehenden Nationalsozialisten und politisch Andersdenkenden, die sich – man muß annehmen, zu dem Zwecke – zahlreich dort aufhielten. Den eingreifenden Polizeibeamten gelang es mit vielen Mühe, Weiterungen zu verhindern.

Wem gehört das Fahrrad? Aufgefunden wurde am 10. 11. 1931 an der Rampe des Bahnhofes in Wilsdruff 1. Herrschaftsstr. Marie N.G.M. Nr. 544 714 mit schwarzer Rahmen, vorn weiße, hinten schwarze Felge, Lenkseiten mit roten Gummirissen und 2 Soden, schwarzen Leberlatten ohne Werkzeugloch und breiten Gummipedalen. Der Eigentümer wolle sich bei dem Gendarmerie-Posten Wilsdruff anmelden.

Warung vor einem betrügerischen Abmachungen. In letzter Zeit ist in Röhrwein und auch in anderen Orten ein angeblicher Wermacher Wilhelm Roth aufgetreten. Er sommerte republikarisch gebliebene Uhren und stellte niedrige Ausführungskosten in Aussicht. Einige der Uhren reparierte er mangelfast, andere gab er für gemachte Schäden in Pfand oder veräußerte sie. Es wird angenommen, daß er auch in anderen lässischen Orten versuchen wird, eine Gaststätte zu geben. – Untern Personen kann nur empfohlen werden, bei Bedarf die hiesigen Uhrmacher zu berücksichtigen. Sie übernehmen Garantie und leisten Qualitätsarbeit.

Wer wurde geschädigt? In den letzten Wochen hat eine jetzt in Prussia bei Riesa festgenommene Heilmittelschwester in zahlreichen ländlichen Ortschaften des Meißner Bezirks Zeite dadurch geschädigt, daß sie sich auf von ihr angepriesene geringwertige Heilmittel Anzahlungsbezüge von 1–7.50 RM. geben ließ und dann spurlos verschwand. Wer von der Schwester geschädigt worden ist, sollte umgehend der zuständigen Gendarmeriestelle hieroor Mitteilung machen.

1912 Kraftfahrzeuge in der Amtshauptmannschaft Meißen. Die veröffentlichten Ergebnisse der diesjährigen Kraftfahrzeugeberhebung am 1. Juli 1931 lassen eine erhebliche Verlangsamung im Tempo der Motorisierung des Verkehrs in Deutschland erkennen. Die Auswirkung der sich ständig verschlechternden Wirtschaftslage hat sich der Bestand an Kraftfahrzeugen vom 1. Juli 1930 bis 1. Juli 1931 nur um 87 250 = 6,1 v. H. auf 1 507 129 erhöht, während der Zuwachs im Vorjahr noch 17 v. H. betrug. In Sachsen entfielen im Jahre 1931 auf 35 Personen ein Kraftfahrzeug. Die Steigerung von 1929 auf 1930 ist also erheblich stärker als die von 1930 auf 1931. In der Kreishauptmannschaft Dresden wurden am 1. 7. 1931 insgesamt 42 018 Kraftfahrzeuge gezählt, gegenüber 43 547 zur gleichen Zeit des Vorjahres, was zwar im einzelnen 22 778 Kraftfahrzeuge, 14 158 Personenkraftwagen und 491 Zugmaschinen. Die Entwicklung des Kraftfahrzeugbestandes und der einzelnen Fahrzeuggattungen in der Amtshauptmannschaft Meißen wird aus folgender Gegenüberstellung der Bestandsziffern der beiden letzten Jahre ersichtlich. Es waren vorhanden: am 1. Juli 1930: Kraftfahrzeuge 2880, Personenkraftwagen 1226, Lastkraftwagen 430, Zugmaschinen 108, insgesamt 4449; am 1. Juli 1931: Kraftfahrzeuge 2309, Personenkraftwagen 1421, Lastkraftwagen 488, Zugmaschinen 128, insgesamt 4912. Es ergibt sich also eine Zunahme des Gesamtbestandes gegenüber dem Vorjahr um 463 Kraftfahrzeuge.